

abgeschlossen am  
21. Mai 2001

	<u>Seite</u>
<b>1. Budget-Resolution 2002 verabschiedet</b>	<b>1</b>
<b>2. Steuerreformkompromiss zeichnet sich ab</b>	<b>2</b>
<b>3. Republikaner mahnen Konsultationen in der Rüstungspolitik an</b>	<b>3</b>
<b>4. Demokraten kritisieren Raketenabwehrpläne</b>	<b>5</b>
<b>5. Repräsentantenhaus friert Zahlungen an Vereinte Nationen ein</b>	<b>6</b>
<b>6. Verhaltene Reaktionen auf Wunsch nach „fast-track authority“</b>	<b>7</b>
<b>7. Der Congress und Bushs Energiepolitik</b>	<b>8</b>
<b>8. Neuer Kompromissvorschlag zu 'Patient Bill of Rights'</b>	<b>10</b>
<b>9. Präsident Bush beruft Kommission zur Reform der Rentenversicherung ein</b>	<b>11</b>

## **CR 5-2001**

## 1. Budget-Resolution 2002 verabschiedet

Repräsentantenhaus und Senat haben am 9./10. Mai 2001 die Vorlage des Vermittlungsausschusses zur Budget-Resolution 2002 (House Concurrent Resolution 83; House Report 107-26) verabschiedet. Das Votum fiel in beiden Kammern knapp aus. Im Repräsentantenhaus stimmten 221 Parlamentarier für die Vorlage und 207 dagegen. Das waren nur drei Stimmen mehr als für eine einfache Mehrheit erforderlich sind. Im Senat wurde die Budget-Resolution mit 53:47 verabschiedet, wobei neben 48 Republikanern auch fünf Demokraten für die Vorlage stimmten.

Mit der Budget-Resolution, die als *Concurrent Resolution* nicht der Unterschrift des Präsidenten bedarf, steckt der Congress den groben Rahmen für den jährlichen Prozess der Haushaltsgenehmigung und Bewilligung ab. Die mit der Budget-Resolution festgelegten Eckdaten sollen den Haushaltsprozess im Hinblick auf das sogenannte *discretionary spending* grob strukturieren. Damit sind die Ausgaben in den Bereichen Inlands-, Auslands- und Rüstungsprogramme gemeint, über deren Höhe der Congress variabel entscheiden kann.

Ihnen steht das sogenannte *mandatory spending* für die Ausgabenbereiche Social Security (das Rentenversicherungsprogramm für Senioren), Medicare (das Krankenversicherungsprogramm für Senioren, Behinderte und chronisch Kranke), Medicaid (das gemeinsam von Bund und Einzelstaaten getragene Krankenversicherungsprogramm für einkommensschwache Familien und Sozialhilfebezieher) sowie für die Schuldentilgung des Bundes gegenüber. Hier sind die Eingriffsmöglichkeiten des Congress auf Grund schon vorhandener Rechtsansprüche (der sogenannten *entitlements*) allerdings sehr gering.

### Die Budget-Resolution 2002

- hat einen Gesamtumfang von 1,97 Billionen USD, wobei die Ausgabensteigerungen im Bereich des *discretionary spending* nicht mehr als 4 Prozent betragen sollen;
- sieht im Bereich des *discretionary spending* Ausgaben in Höhe von 666,6 Mrd. USD vor, von denen allein 324,8 für die Rüstung aufgewendet werden sollen;
- nimmt im Erziehungsbereich Kürzungen von 21 Mrd. USD vor;
- strebt Steuererleichterungen in Höhe von 1,25 Billionen USD während eines Zeitraums von 10 Jahren an (vgl. auch Punkt 2).

Die Republikaner werteten die Verabschiedung der Budget-Resolution 2002 als großen Erfolg für die Haushalts- und Steuerpolitik Präsident Bushs, dem es gelungen sei, seine Vorstellungen im Großen und Ganzen unangetastet gegenüber dem Congress durchzusetzen. Bush wiederum interpretierte die Entscheidung als Zeichen

für einen sich abzeichnenden überparteilichen Konsens in der Haushaltspolitik. Auch im Congress habe man realisiert, so der Präsident, dass es ihm nicht um „Parteipolitik, sondern um gute Haushaltspolitik“ gehe.

Die meisten Demokraten kritisierten die Budget-Resolution 2002 dagegen als „unverantwortlich“ und „unrealistisch“. Vor allem die Erziehungspolitik, so der Demokrat Rush Holt (N. J.), zähle zu den Verlierern im Haushaltsansatz und dass, obwohl Präsident Bush ihr gleichzeitig politische Priorität zugewiesen habe. Außerdem müsse mit Eingriffen in die *Medicare und Social Security Trust Funds* gerechnet werden, weil sich das Steuersenkungspaket und die Rüstungssteigerungen anders kaum finanzieren ließen.

Tatsächlich sieht die Budget-Resolution 2002 im Bereich des *discretionary spending* Ausgabensteigerungen um 4 Prozent gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr vor. Eine ursprünglich vom Senat vorgesehene Ausgabenerhöhung um 8 Prozent war im Vermittlungsausschuss aufgrund des Widerstands fiskalkonservativer Republikaner und Demokraten nicht durchsetzbar gewesen. Aus den Bewilligungsausschüssen ist zu vernehmen, dass Ausgabensteigerungen unter 5 Prozent kaum ausreichen dürften, um die geplanten Haushaltsziele für 2002 zu verwirklichen. Weitere Konflikte um die Ausgabenprioritäten für das Haushaltsjahr 2002 im Rahmen der Arbeit der Genehmigungs- und Bewilligungsausschüsse scheinen damit programmiert.

## **2. Steuerreformkompromiss zeichnet sich ab**

Nachdem sich der Senat in der jährlichen Budget-Resolution im April 2001 mit deutlicher Mehrheit für ein geringeres Steuerentlastungsvolumen ausgesprochen hat als von Präsident Bush gefordert (vgl. CR 4/2001, S. 3), haben die republikanische Congress-Führung und die Administration Anfang Mai einen neuen Kompromiss ausgehandelt, der auch von gemäßigten Demokraten mitgetragen wird.

Die Übereinkunft zwischen der Administration und den Congress-Mitgliedern sieht vor,

- dass die Steuersenkungen von 2002 bis 2011 auf ein Gesamtvolumen von 1,25 Billionen USD begrenzt und
- zusätzlich 100 Milliarden USD zur Stärkung des abflachenden Wirtschaftswachstums für 2001 zur Verfügung gestellt werden.

Die von Präsident Bush vorgelegten Steuerreformpläne hatten, wie im Wahlkampf 2000 versprochen, eine Entlastung von insgesamt 1,6 Billionen USD vorgesehen, an der Bush in den Verhandlungen zunächst festhielt. Doch nachdem sich die

republikanische Fraktion im Senat mit einer Gruppe gemäßiger Demokraten auf eine Obergrenze von 1,2 Billionen USD einigte, sah sich der Präsident zum Einlenken genötigt.

Die Reduzierung des Gesamtvolumens macht nun Anpassungen der einzelnen Komponenten der Steuerreform erforderlich. Neben der zeitlichen Verzögerung des ohnehin abgestuften Inkrafttretens der Steuerabsenkungen und –vergünstigungen in allen Bereichen scheint insbesondere eine geringere Senkung des Spitzensteuersatzes im Senat mehrheitsfähig.

Der Finanzausschuss des Senats hat unter Führung des Vorsitzenden, Senator Charles E. Grassley (R- Iowa), und Max Baucus (D-Mo.) ein Kompromisspaket geschnürt, das eine Senkung des Spitzensatzes der Bundeseinkommenssteuern von 39,6 Prozent auf 36 Prozent begrenzt. Ungeachtet der Kritik von Senator Trent Lott (Miss.), dem republikanischen Fraktionsvorsitzenden im Senat, der an der von Bush vorgeschlagenen Absenkung auf 33 Prozent festhält, hat der Finanzausschuss die Kompromissvorlage von Grassley und Baucus mit den Stimmen aller 10 republikanischen und von 4 demokratischen Mitgliedern angenommen.

Auf Kritik von Seiten der konservativen Republikaner ist zudem die weitere Verschiebung der Steuerentlastung zugunsten der unteren und mittleren Einkommensgruppen durch den Senatsausschuss gestoßen, die von den Demokraten befürwortet wird. Unter den Geschäftsordnungsregeln für die Haushaltsberatung können die Einzelbestimmungen der Steuerreform auch im Senat mit einfacher Mehrheit geändert werden, da ein *filibuster* – das nur mit einer Mehrheit von 60 Stimmen einzuschränkende unbegrenzte Rederecht der Senatsmitglieder – nicht zulässig ist.

Die Administration und die konservativen Republikaner im Congress hoffen jedoch nicht nur darauf, ihre Forderungen in den anstehenden Verhandlungen über die Steuerreform zwischen Repräsentantenhaus und Senat stärker zur Geltung bringen zu können. Offen diskutiert wird auch eine Nachbesserungsstrategie, die darauf zielt, weitere Steuerentlastungen an Gesetzesvorlagen anzuhängen, die breite Unterstützung auf Seiten der Demokraten genießen. Vor allem die von den Demokraten geforderte Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns gilt als geeignetes Instrument, um zusätzliche Steuervergünstigungen für Unternehmen durchzusetzen.

### **3. Republikaner mahnen Konsultationen in der Rüstungspolitik an**

Im Senat hat eine Gruppe von Republikanern um *Majority Leader* Trent Lott (R-Miss.) Anfang Mai 2001 die Informationspolitik des Pentagon scharf kritisiert. Der Verteidigungsminister, so Lott und John W. Warner (R-Va.), der Vorsitzende des

Streitkräfteausschusses im Senat, bemühe sich zu wenig um Konsultationen mit dem Congress, was aber die Grundvoraussetzung für eine Unterstützung der Rüstungspolitik der Administration sei.

Gemeint ist die umfassende Neuausrichtung der amerikanischen Militärstrategie, wie sie Verteidigungsminister Rumsfeld angekündigt hat. Danach soll die sogenannte Zwei-Kriege-Strategie aufgegeben werden, die seit den achtziger Jahren die Grundlage für die amerikanische konventionelle Militärplanung lieferte.

Dieser Strategie zufolge sollten die amerikanischen Streitkräfte im Falle zweier gleichzeitig ausbrechender regionaler Konflikte in der Lage sein, an einem Kriegsschauplatz schnell zu siegen, am anderen aber mit Luftstreitkräften und einer kleineren Zahl von Bodentruppen die Front solange zu halten, bis Truppen vom ersten Schauplatz als Ersatz herbeigeführt würden. Die USA sollten also in der Lage sein, zwei größere regionale Kriege – etwa am Persischen Golf und auf der koreanischen Halbinsel – gleichzeitig zu führen und zu gewinnen.

Verteidigungsminister Rumsfeld will diese Strategie offensichtlich aufgeben, um Kosten zu sparen und die Rüstungspolitik auf neue Bedrohungslagen auszurichten. Das dürfte auf die Planungen der Teilstreitkräfte und hier insbesondere auf die Mittelzuweisungen für die US-Army große Auswirkungen haben und hat offensichtlich zur Verunsicherung innerhalb des militärischen Establishments und im Congress geführt.

Lott warnte den Verteidigungsminister denn auch davor, den Congress „weiter im Dunkel“ zu lassen und unterstrich seine Forderung nach verstärkter Information und Konsultation mit der kurzfristigen Blockade zweier Nominierungsvorschläge für das Pentagon, nämlich der Bestätigung der Nominierung von Victoria Clarke als Assistant Secretary for Public Affairs sowie von Edward C. Aldridge als Under Secretary for Acquisition.

Außerdem forderte der *Majority Leader* die Administration dazu auf, dem Congress schnellmöglich den Ergänzungshaushalt für das Pentagon (*supplemental defense appropriations*) vorzulegen. Rumsfeld hatte das bisher mit Verweis auf die umfassende Überprüfung der amerikanischen Militärstrategie abgelehnt, die jeder zusätzlichen Mittelanforderung vorausgehen müsse.

Die Irritationen bei Teilen der Republikaner im Senat unterstreichen, wie komplex sich der Verhandlungsprozess zwischen Administration und Congress über die Militärstrategie und die Rüstungsplanung gestalten dürfte, zumal die Teilstreitkräfte versucht sein dürften, ihre Partikularinteressen über den Congress zu schützen.

Allgemein wird erwartet, dass Präsident Bush seine Vision einer amerikanischen Militärstrategie für das 21. Jahrhundert am 25. Mai 2001 in einer Rede vor der Naval Academy in Annapolis vorstellen wird.

#### 4. Demokraten kritisieren Raketenabwehrpläne

Bei den Demokraten im Senat sind die Raketenabwehrpläne Präsident Bushs, die dieser am 1. Mai 2001 in einer Rede vor der National Defense University in Washington, D.C. skizziert hatte, auf Kritik gestoßen.

Bush hatte in seiner Grundsatzrede betont,

- dass sowohl der ABM-Vertrag aus dem Jahr 1972, in dem sich die USA dazu verpflichtet haben, keine Raketenabwehrsysteme für die Verteidigung des Hoheitsgebiets ihres Landes zu stationieren, als auch die Strategie wechselseitig gesicherter Vernichtung (*Mutual Assured Destruction*) durch "neue Konzepte der Abschreckung" ersetzt werden sollten.

„Kein Vertrag“, so der amerikanische Präsident, „der uns davon abhält, uns mit den heutigen Bedrohungen auseinander zu setzen, und der es uns untersagt, vielversprechenden Technologien zu unserer Verteidigung sowie der unserer Freunde und Alliierten nachzugehen, ist in unserem Interesse oder dem des Weltfriedens.“

Bush kündigte in diesem Zusammenhang in seiner Rede die Verringerung des amerikanischen strategischen Atomwaffenarsenals auf das „niedrigst mögliche Niveau“ an und bekannte sich zu einem Raketenabwehrsystem, auch wenn dies bedeute, dass man den ABM-Vertrag hinter sich lassen müsse.

Führende Demokraten im Senat wie *Minority Leader* Tom Daschle (S.D.) und Carl Levin (Mich.), der führende Demokrat im Streitkräfteausschuss, erklärten darauf hin, dass der ABM-Vertrag der Eckpfeiler der nuklearen Abschreckungsstrategie sei, und warnten davor, dass die unilaterale Stationierung eines Raketenabwehrsystems einen neuen Rüstungswettlauf auslösen könnte.

„Ein Raketenabwehrsystem“, so Senator Daschle, „welches unsere Nation politisch, wirtschaftlich und strategisch untergräbt - ohne wirkliche Sicherheit zu liefern - liefert überhaupt keine Verteidigung.“

Auch wenn das Gesamtkonzept Bushs mit Blick auf die Raketenabwehr nach seiner Rede noch nicht vollkommen klar sei, blieben unilaterale Entscheidungen vollkommen inakzeptabel. Es „wäre verrückt“, so der Demokrat Dick Durbin (Ill.),

„den ABM-Vertrag aufzugeben“, bevor das Pentagon ein Raketenabwehrsystem entwickelt habe, das funktioniert. *Minority Leader* Daschle (S.D.) kündigte denn auch eine der wichtigsten nationalen Debatten an, die der Congress jemals geführt hat, und Carl Levin (Mich.) erklärte, dass die Demokraten versuchen würden, sämtliche Ausgaben für Waffenentwicklungen zu blockieren, die dem ABM-Vertrag zuwider laufen.

## 5. Repräsentantenhaus friert Zahlungen an Vereinte Nationen ein

Nachdem die USA Anfang Mai 2001 überraschend ihren Sitz in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen verloren haben, formieren sich im Congress erneut die Kritiker der Weltorganisation.

„Ohne die Führung unserer Nation“, entrüstete sich im Repräsentantenhaus *Majority Leader* Dick Arme (R-Texas) nach der Entscheidung, „gäbe es keine Vereinten Nationen“. Deshalb sei es die Aufgabe des Congress, „der Welt eine Botschaft zu schicken“. Diese Position findet nicht nur bei konservativen Republikanern wie Arme, sondern auch bei liberalen Demokraten Unterstützung. So verwundert es nicht, dass ein Zusatz zur State Department Authorization Bill 2002,

- der die Freigabe von 244 Mio. USD zur Begleichung der amerikanischen Schulden bei den Vereinten Nationen (vgl. CR 2/2001, S. 3) an die Rückkehr der USA in die Menschenrechtskommission bindet, nicht nur die Unterstützung von 189 Republikanern, sondern auch von 62 Demokraten im Repräsentantenhaus gefunden hat.

Während die Bush-Administration sich strikt gegen jede Vergeltungsmaßnahme gegen die Vereinten Nationen aussprach, und Außenminister Colin L. Powell den Congress zur „Zurückhaltung“ aufrief, vertrat *Speaker* J. Dennis Hastert die Auffassung, „dass der Congress das Recht habe, seinem Willen einen Ausdruck zu verleihen“. Ähnlich argumentierte auch *Minority Leader* Richard A. Gephardt (D-Mo.), der die Auffassung vertrat, dass Sanktionen „der beste Weg seien, um wieder in die Kommission zu gelangen.“

Inwieweit sich der Senat dieser Position anschließen wird, bleibt abzuwarten. Allerdings ist auch dort das Unverständnis über die Entscheidung der 54 Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialrats der VN groß. Bezeichnenderweise werden nicht nur die VR China und Kuba für die Entscheidung verantwortlich gemacht, sondern vor allem auch Frankreich, Österreich und Schweden.

Die mangelnde Unterstützung der Europäer für die Vereinigten Staaten, so Henry J. Hyde (R-Ill.), der Vorsitzende des *International Relations Committee* im Repräsentantenhaus, ohne Umschweife sei eine „unerklärliche und unentschuld bare Entscheidung.“ Jeane Kirkpatrick, US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen während der Präsidentschaft Reagans, ging noch einen Schritt weiter und warf den europäischen Verbündeten vor, für die Niederlage der USA in der Menschenrechtskommission verantwortlich zu sein.

Vor diesem Hintergrund ist es wenig überraschend, dass der tiefe Graben zwischen den Vereinten Nationen und dem amerikanischen Congress, den Präsident Clinton nur mühsam gekittet hatte, wieder aufgebrochen scheint. Insbesondere die Republikaner hatten die Vereinten Nationen wieder und wieder als Symbol eines unkontrolliert um sich greifenden liberalen Internationalismus attackiert und die Begleichung der amerikanischen Schulden bei den Vereinten Nationen jahrelang blockiert.

## **6. Verhaltene Reaktionen auf Wunsch nach „fast-track authority“**

Im Repräsentantenhaus ist Präsident Bushs Initiative zur Erneuerung des Schnellverfahrens für Handelsverträge, die sogenannte „fast-track authority“, wie zu erwarten, nur auf verhaltene Unterstützung gestoßen.

Bei der fast-track authority handelt es sich um eine prozedurale Selbstbindung der Legislative, die im Rahmen eines beschleunigten Verfahrens darauf verzichtet, an einem vom Präsidenten vorgelegten Handelsvertrag Änderungen vorzunehmen, so dass der Congress im Grunde nur seine Zustimmung oder Ablehnung erklären kann. Sie war 1994 ausgelaufen und konnte trotz intensivster Bemühungen Präsident Clintons 1997 und 1998 nicht erneuert werden, weil vor allem der gewerkschaftsnahe Flügel der Demokraten aus der Furcht vor dem Verlust von Arbeitsplätzen sowie der Einschränkung von Arbeitnehmerrechten dem Präsidenten die Gefolgschaft verweigerte.

Bush und sein Handelsbeauftragter Robert Zoellick halten die Erneuerung des Schnellverfahrens für zentral, wenn die USA ihre Führungsrolle in der Formulierung der Freihandelspolitik beibehalten wollen. Allerdings bedarf es wohl einer großangelegten Überzeugungskampagne des Präsidenten gegenüber Demokraten und Republikanern im Repräsentantenhaus, um sich mit seinen (frei-)handelspolitischen

Vorstellungen durchzusetzen. „Der Instrumentenkasten“, so der Demokrat Robert T. Matsui (Cal.), einer der einflussreichsten Freihandelsbefürworter im Repräsentantenhaus, „ist leer“, und auch Speaker J. Dennis Hastert (R-Ill.) verwies in einer ersten Reaktion auf den Vorstoß des Präsidenten darauf, dass die Administration



ihr politisches Gewicht wohl mit aller Macht in die Waagschale werfen müssen, wenn sie sich bei der Erneuerung der fast-track authority durchsetzen wolle.

## 7. Der Congress und Bushs Energiepolitik

Auf der Grundlage der Empfehlungen der *National Energy Policy Development Group* hat Präsident Bush Mitte Mai 2001 der Öffentlichkeit ein umfassendes Konzept für eine neue Energiepolitik vorgestellt, das ein Bündel von Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung der USA vorschlägt. Obwohl langfristige Strategien im Vordergrund des Konzepts stehen, hat Bush den Congress vor dem Hintergrund der akuten Energieversorgungsprobleme in Kalifornien zu schnellem Handeln gedrängt.

Die National Energy Policy Development Group (NEPD) unter Leitung von Vizepräsident Dick Cheney hat das neue Energiekonzept der Administration unter weitgehender Abschirmung von der Öffentlichkeit in nur wenigen Wochen ausgearbeitet. Der 170-seitige Bericht (siehe <http://www.whitehouse.gov>) setzt den Schwerpunkt auf die Erhöhung der Energieproduktion aus konventionellen wie alternativen Energiequellen. Darüber hinaus werden jedoch auch Probleme des Umweltschutzes, der Nutzung und Entwicklung von Einsparpotentialen, des Energietransports, der Belastung der unteren Einkommensgruppen durch steigende Energiepreise sowie der internationalen Kooperation angesprochen.

Die Problemdiagnose der Energie-Arbeitsgruppe der Administration geht von einem angesichts von steigenden Bevölkerungszahlen, Wirtschaftswachstum und erhöhten Verbraucheransprüchen merklich zunehmenden Energiebedarf aus, der durch den in den letzten Jahren stagnierenden Ausbau der Produktionskapazitäten nicht gedeckt werden kann. Bei Fortschreibung der bisherigen Trends droht nach den Hochrechnungen der Arbeitsgruppe bis 2020 eine Versorgungslücke von über 30% des Bedarfs. Diese Versorgungslücke könne, so die Argumentation der Arbeitsgruppe, nur mit Hilfe neuer Technologien und Energiequellen geschlossen werden.

Der NEPD-Bericht schlägt insbesondere vor,

- die Erschließung neuer Energiequellen zu forcieren und hierfür auch Naturparks wie das *Arctic National Wildlife Refuge* in Alaska zu öffnen;
- den Aufbau zusätzlicher nuklearer Energieproduktionskapazitäten zu erleichtern und die Entwicklung von Wiederaufarbeitungstechnologien zu fördern (ohne allerdings die Verbreitung von hierbei anfallendem waffenfähigem Plutonium zu erleichtern); und

- stärker die nationalen Kohlereserven der USA in die Energieversorgung einzubeziehen und deren Nutzung durch verbesserte Verbrennungsverfahren umweltverträglicher zu gestalten.

Zusätzlich sollen erneuerbare und alternative Energiequellen durch Steuervergünstigungen, erhöhte Forschungssubventionen und wiederum die Öffnung des Landbesitzes des Bundes stärker gefördert werden.

Die flankierenden Maßnahmen zur effizienteren Nutzung und Einsparung von Energie sollen nach den Empfehlungen der Arbeitsgruppe mit Rücksicht auf die ökonomischen Effekte und in enger Kooperation mit den betroffenen Wirtschaftsinteressen umgesetzt werden. Gleiches gilt für die vorgeschlagene Reduzierung der Emissionsobergrenzen für Schadstoffe wie Schwefeldioxide und Quecksilber. Auf eine wirtschaftsfreundliche Ausgestaltung der Verbesserungen des Umweltschutzes zielt vor allem der Vorschlag, ein schadstoffübergreifendes System der Handelbarkeit von Verschmutzungsrechten einzurichten.

Während die Republikaner im Congress und die Wirtschaftverbände die Vorschläge der Bush-Administration begrüßt und weitgehende Unterstützung angekündigt haben, ist das Konzept auf Seiten der Demokraten sowie bei Umweltschutzverbänden auf heftige Kritik gestoßen. Moniert wird vor allem, dass die Administration einseitig auf den Ausbau der Energieproduktion zu Lasten von Effizienzsteigerung und Einsparungen setzt.

Die Umweltverbände, die sich im Gegensatz zu den Verbänden der Energieproduzenten von den Beratungen der NEPD-Gruppe weitgehend ausgeschlossen sahen, kritisieren zudem die schwachen Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltqualität. Koppelungen wie die Verwendung der staatlichen Einnahmen aus der Ressourcenausbeutung in Naturparks für die Entwicklung alternativer Energien werden kategorisch abgelehnt.

Die Demokraten im Congress weisen zudem darauf hin, dass die Energiepolitik der Administration ungeachtet der akuten Krisendiagnose keine Vorschläge zur schnellen Hilfe für die betroffenen Verbraucher enthält. Die Demokraten fordern demgegenüber Sofortmaßnahmen einschließlich von Preisobergrenzen, um dem scharfen Anstieg der Energiekosten zumal in Kalifornien begegnen zu können.

Für die Bush-Administration sind die Energie- und Umweltpolitik jedoch nicht nur wegen der gegenwärtigen Preissteigerungen im Westen der USA, die den Unmut der Verbraucher geschürt haben, ein schwieriges Terrain. Die Öffentlichkeit steht der Administration auch wegen der engen persönlichen Beziehungen des Präsidenten wie des Vizepräsidenten zur Energiewirtschaft skeptisch gegenüber.

---

Vor diesem Hintergrund sehen die Demokraten in der Umweltpolitik eine mögliche Achillesferse der Republikaner, auf die sie mit Blick auf die Congress-Wahlen 2002 mit alternativen Vorschlägen zielen.

Während ein erheblicher Teil der insgesamt 105 Empfehlungen der Energie-Arbeitsgruppe unter den bestehenden Gesetzesbestimmungen auf regulativem Weg umgesetzt werden können, benötigen wesentliche Komponenten wie die Öffnung der Naturparks oder die Erhöhung der Forschungs- und Produktionssubventionen die Zustimmung der Legislative. In umweltsensiblen Fragen muss die Administration auch mit der Opposition republikanischer Congress-Mitglieder vom linken Flügel der Partei rechnen. Demgegenüber besteht die Chance, dass wiederaufgegriffene Vorschläge der Clinton-Administration, die zuvor von den Republikanern im Congress blockiert worden sind, nun verabschiedet werden können.

## **8. Neuer Kompromissvorschlag zu 'Patient Bill of Rights'**

Senator Bill Frist (R-Tenn.) hat mit der Unterstützung von John Breaux (D-La.) und James M. Jeffords (R-Vt.) Anfang Mai 2001 eine neue Kompromissvorlage zur Regelung der Rechte von Patienten und Ärzten gegenüber Krankenversicherungen (Patient Bill of Rights) im Senat eingebracht. Präsident Bush, der Anfang des Jahres eine Reihe von Kriterien für die Zustimmung zu einer Regulierung des Gesundheitsmarktes bekannt gegeben hat, begrüßte den Frist-Vorschlag und sicherte seine Unterstützung zu.

Die Stärkung des Schutzes von Versicherten in *Managed Care Organizations* (MCOs) – Krankenversicherungen, die durch direkte Kontrollen und Vorgaben ein kosteneffizientes Management medizinischer Dienstleistungen gewährleisten sollen – ist seit mehreren Jahren zwischen wie innerhalb der beiden Parteien umstritten (vgl. CR 6-7 /2000, S. 6). Zentrale Streitpunkte sind dabei zum einen die Ausweitung des Klagerechts von Patienten gegenüber den Versicherungen und die Begrenzung von Schadensersatzleistungen und Strafzahlungen bei Therapiefehlern. Der von Senator Frist vorgelegte Entwurf versucht in diesen Punkten einen für alle Seiten akzeptablen Mittelweg zu finden, indem

- den Patienten ein Klagerecht vor Bundesgerichten eingeräumt wird, das allerdings die vorherige Anrufung einer Mediationsinstanz erfordert, die sich aus Vertretern der Versicherungen, Ärzteschaft und Patienten zusammensetzt, und

- Strafzahlungen auf maximal 500.000 USD begrenzt.

Im Gegensatz zur Administration reagierten führende Demokraten und Republikaner im Congress wie die Vertreter von Versicherungen und Arbeitgebern sehr kritisch auf

den neuen Vorschlag. Senator Edward M. Kennedy (D-Mass.), der zusammen mit seinen Kollegen John Edwards (D-N.C.) und John McCain (R-Ariz.) einen Gesetzentwurf ausgearbeitet hat, der von der Mehrheit der Demokraten und gemäßigten Republikanern unterstützt wird, wies die Frist-Vorlage als unzureichend zurück. Charles W. Norwood (R-Ga.), der im Repräsentantenhaus eine zur *Kennedy-McCain Bill* analoge Gesetzesvorlage eingebracht hat (*Norwood-Dingell Bill*, vgl. CR 10/1999, S. 4), kündigte seinen entschiedenen Widerstand gegen den Konkurrenzvorschlag an.

Von der Seite der konservativen Republikaner kritisierte Senator Don Nickles (R-Okla.) den Frist-Vorschlag ebenfalls scharf, weil das Klagerecht vor den Bundesgerichten in die Kompetenzen der Einzelstaaten eingreife und zusätzliche Kostensteigerungen im Gesundheitsbereich erwarten lasse. Ähnliche Bedenken äußerten Vertreter der betroffenen Wirtschaftsverbände.

Ungeachtet der hohen Popularität einer gesetzlichen Absicherung der Rechte von Ärzten und Patienten gegenüber den Versicherungen zeichnen sich damit auch im 107. Congress schwierige Verhandlungen über einen möglichen Kompromiss ab.

## **9. Präsident Bush beruft Kommission zur Reform der Rentenversicherung ein**

Präsident Bush hat Anfang Mai 2001 die Bildung einer 14-köpfigen Kommission unter dem gemeinsamen Vorsitz des früheren Senators Daniel Patrick Moynihan (D-N.Y.) und des AOL Time Warner Chefmanagers Richard D. Parsons angekündigt, die einen Vorschlag zur Reform des US-Rentenversicherungssystems (*Social Security*, OASDI) ausarbeiten soll.

Die Bundesrentenversicherung in den USA sieht sich in den kommenden Jahrzehnten aufgrund steigender Lebenserwartung, abnehmenden Geburtenraten und einer unterdurchschnittlichen Wachstumsdynamik der Wirtschaft mit erheblichen finanziellen Problemen konfrontiert. Obwohl die Finanzprognosen in Folge des Wachstums- und Beschäftigungsbooms Ende der 1990er Jahre zunehmend optimistischer ausfielen (vgl. CR 4/2000, S. 8), wird nach aktuellen Schätzungen erwartet, dass unter den bestehenden Leistungsbestimmungen die Reserven der Rentenversicherung ab dem Jahr 2038 erschöpft sein werden und Zahlungsunfähigkeit droht.

Bereits im zurückliegenden Wahlkampf hat Präsident Bush die Idee aufgegriffen, Kürzungen der Rentenleistungen durch *Personal Retirement Accounts*, individuelle Beitragskonten, die auch eine Geldanlage am Aktienmarkt erlauben und damit höhere Renditen in Aussicht stellen, zu kompensieren (vgl. CR 5/2000, S. 8). Zu diesem Zweck sollen Teile der gegenwärtig 12,4-prozentigen Rentenversicherungsabgabe auf

---

Löhne und Gehälter in von den Beitragszahlern kontrollierte Konten umgeleitet werden. Gleichzeitig hat Bush stabile Beitragssätze gefordert und eine Absenkung des Rentenniveaus für die jetzigen Leistungsbezieher abgelehnt.

Die Auswahl der Kommissionsmitglieder und die inhaltlichen Vorgaben von Seiten der Administration sollen sicherstellen, dass im Gegensatz zu der Vorgänger-Kommission von 1997, die in drei Lager mit unterschiedlichen Konzepten zerfiel, Reformempfehlungen mit breiter Unterstützung ausgearbeitet werden. Der Ausschluss von Gegnern von Personal Retirement Accounts und die Ausklammerung alternativer Konzepte hat allerdings zu einer unmittelbaren Ablehnung der Kommission und zu einer Verlagerung der Konflikte in das gesellschaftliche Umfeld geführt.

So hat die Führung der Demokraten im Congress, Dick Gephardt (Missouri) im Repräsentantenhaus und Tom Daschle (S.D.) im Senat, grundsätzlichen Widerstand gegen die Privatisierungspläne der Administration angekündigt. Horace Deets, der Geschäftsführer des politisch einflussreichen Seniorenverbands AARP (*American Association of Retired Persons*), hat die unausgewogene Zusammensetzung der Kommission kritisiert und Zweifel geäußert, ob eventuelle Reformempfehlungen die notwendige breite Unterstützung mobilisieren können.

Gravierender noch für die Bush-Administration ist, dass Senator John B. Breaux (D-La.), der zum zentristischen Flügel der Demokraten gehört und häufig mit der Administration kooperiert, den neuerlichen Reformvorstoß als programmierten Fehlschlag charakterisiert hat. Der personell wie inhaltlich fragwürdige Zuschnitt der Kommission könne angesichts der näherrückenden Congress-Wahlen im Herbst 2002 nur zu einer erneuten Polarisierung und Blockade der Debatte führen.